

## **Fraktionsgeschäftsstelle**

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 380

Telefax: 02064 / 77 57 381

Mail: buero@linksfraktion-kreiswesel.de

www.linksfraktion-kreiswesel.de

Verbandssparkasse Wesel

IBAN: DE3235650000000326488

BIC: WELADED1WES

DIE LINKE, Fraktion im Kreistag Wesel, Friedrich-Ebert-Straße 46, 46535 Dinslaken

An den  
Landrat des Kreises Wesel  
Herrn Dr. Ansgar Müller  
Kreishaus  
Reeser Landstraße 31  
46483 Wesel

*Per Mail den Kreistagsfraktionen und -gruppen zur Kenntnis*

## **Ergänzungsantrag zu TOP 5 des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz am 21.06.2017: „Einrichtung einer dauerhaften Fach- und Rechtsaufsicht im Jobcenter Kreis Wesel“**

Dinslaken (Kreis Wesel), den 14.06.2017

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,  
sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE, Fraktion im Kreistag Wesel beantragt in der kommenden Sitzung des ASGVs zu TOP 5 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Wesentlicher Teil der Aufgabe der beiden einzurichtenden Stellen ist ausdrücklich die Verringerung der Zahl fehlerhafter Bescheide.
2. Bei der Ausschreibung und Auswahl wird sichergestellt, dass die einzustellenden Mitarbeiter\*innen die dafür notwendigen Qualifikationen mitbringen.
3. Bei der Einarbeitung und der Zuweisung von Kompetenzen wird dieser Teilbereich der Aufgaben angemessen berücksichtigt.
4. Beim Controlling / der Leistungsbewertung der neuen Mitarbeiter\*innen wird der Rückgang der Rate fehlerhafter Bescheide als wesentlicher Indikator herangezogen.

### **Begründung:**

In der von der Verwaltung zitierten Rechtsgrundlage für den Aufgabenzuschnitt der beiden neu einzurichtenden Stellen heißt es: „Den Trägern obliegt die Verantwortung für die rechtmäßige und zweckmäßige Erbringung ihrer Leistungen.“ Nach erklärter Auffassung der Verwaltung bedeutet das insbesondere:

1. Die Rechtmäßigkeit der (kommunalen) Leistungen zu sichern.
2. Dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung zu tragen. D. h. vorrangige Leistungen (z. B. Einkommen, Einsatz von Vermögen, Erstattungsansprüche) zu realisieren.
3. Die Ausgaben auf das notwendige Maß zu begrenzen.
4. Eine kundenorientierte und rechtmäßige Leistungsgewährung sicherzustellen.
5. Die korrekte Zuordnung der finanziellen Belastung auf den jeweiligen Träger zu gewährleisten.

Aus dem Kontext geht hervor, dass der Anlass für die Einrichtung dieser Stellen vor allem die bekannten Fehlbuchungen aufgrund von Softwareproblemen zu Lasten des Kreises sind. Das ist aus Sicht der Linken zunächst auch nachvollziehbar.

Es ist aber ebenso bekannt, dass es ein erhebliches Problem mit fehlerhaften Bescheiden von Jobcentern gegenüber Leistungsberechtigten gibt. Diese landen immer häufiger vor Sozialgerichten und werden auch immer häufiger zugunsten der Leistungsberechtigten entschieden.

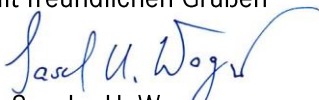
Das bedeutet nicht nur einen erheblichen Verwaltungsaufwand, sondern vor allem auch eine erhebliche Belastung für Menschen, die gezwungenermaßen am Rande des Existenzminimums leben. Da nur

Fraktionsvorstand:  
Sascha H. Wagner (Fraktionsvorsitzender)  
Hanne Kasper (stv. Fraktionsvorsitzende)  
Karin Pohl (Mitglied des Kreistags)

verhältnismäßig wenige Betroffene entsprechende Rechtsberatungen aufsuchen, ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

Dieser Antrag soll dazu beitragen, dass die Punkte 1 und 4, die vorrangig auf Rechtmäßigkeit im Sinne der Leistungsberechtigten abzielen, nicht vor den Punkten 2,3 und 5, die vorrangig auf die Vermeidung finanzieller Nachteile für den Kreishaushalt abzielen, ins Hintertreffen geraten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Sascha H. Wagner  
-Fraktionsvorsitzender-